



BürgerInneninitiative gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg Wehrda

**An den
Petitionsausschuss des Hessischen Landtags
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden**

Marburg, 09.05.06

DRINGEND

Ergänzung zum Schreiben der BürgerInneninitiative an den Petitionsausschuss vom 18.04.06

Sehr geehrte Damen und Herren des Petitionsausschusses,

in Ergänzung unseres Schreibens an Sie vom 18.04.06 teilen wir Ihnen mit, dass nach Auskunft von Stadtverordneten die politischen Entscheidungsträger der Stadt Marburg überhaupt nicht mehr beabsichtigen, die Fragen des Akteneinsichtsausschusses bezüglich der Vorgänge um die Genehmigung des neuen Großbordells in Marburg-Wehrda öffentlich zu beantworten. Eine solche öffentliche Beantwortung der Fragen war von Oberbürgermeister Vaupel in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.03.06 fest zugesagt worden und sollte noch vor der Kommunalwahl abgeschlossen sein. Der alte Haupt- und Finanzausschuss sollte dafür seine Zuständigkeit bis zur Beendigung des Vorgangs behalten.

Wir bitten dringend darum, dass Sie mit den Verantwortlichen der Stadt Marburg möglichst bald deswegen Rücksprache nehmen. Seit Monaten können die Bordellbetreiber ungestört ihre Pläne weiter verfolgen. Ihre Interessen stehen offenbar höher als die einer kritischen Öffentlichkeit.

Wie ist es möglich, dass Bürgerinnen und Bürger zusehen müssen, wie städtische Vertreter feste Zusagen einfach nicht einhalten und sich damit der Kontrolle ihrer getroffenen Entscheidungen verweigern?

Was für ein Demokratieverständnis haben unsere politischen Entscheidungsträger, wenn sie sich mit durchsichtigen Manövern der Offenlegung der von ihnen zu verantwortenden Vorgängen entziehen?

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich noch in Ihrer nächsten Sitzung am 11.05.06 mit unserem Protest beschäftigen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Hauschildt-Schön

Prof. Dr. Renate Rausch